

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Bereich I – 10 / Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden	Datum 19.09.2008
	Schriftführerin Frau Mehl
	Telefon-Nr. 02202/142667
Niederschrift	
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	Sitzung am Mittwoch, 3. September 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 04.06.2008 - öffentlicher Teil -
475/2008**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters - öffentlicher Teil -
467/2008**
- 6. Anregung vom 21.03.2006 zur Errichtung einer Querungshilfe an der L 270 (Odenthaler Straße) in Unterboschbach
Antragsteller: Anwohner der Straße Unterboschbach, c./o. Familie Karin und Michael Laufenberg, Unterboschbach 14, 51467 Bergisch Gladbach
466/2008**

- 7. Anregung vom 07.06.2008, die in Bergisch Gladbach genutzten Altglas- Container durch ein Unterflur- Sammelbehälter- System zu ersetzen**
Antragsteller: Klaus Hoffmann, An der Wallburg 1, 51427 Bergisch Gladbach
424/2008
- 8. Anregung vom 05.08.2008 (Eingang), den Grünbewuchs in der Parkanlage der Villa Zanders zurück zu schneiden**
Antragsteller: Junge Union Bergisch Gladbach,
c/0 Martin Lucke, Hauptstr. 164b,
51469 Bergisch Gladbach
473/2008
- 9. Anregung vom 15.07.2008, einen Verbindungsweg zwischen dem Lichtenweg und der Schulstraße mit dem Namen St.- Rochus- Weg zu versehen**
Antragsteller: Ortsring Sand, c/o Franz Schwamborn.
Am Kamelsbuckel 4,
51469 Bergisch Gladbach
474/2008
- 10. Anregung vom 22.04.2008, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Herkenrath, Flur 11, Flurstück 1496, Siefer Hof o. Nr., zu schaffen**
Antragsteller: Toni Werheid, Häuschen 1, 51515 Kürten
440/2008
- 11. Anregung vom 18.06.2008, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung der Grundstücke Gemarkung Herkenrath, Flur 2, Flurstücke 4521 u. a., hinter Sträßchen Siefen 2, zu schaffen**
Antragstellerin: Ursula Kriese, Fuchsweg 10, 42719 Solingen
441/2008
- 12. Anregung vom 18.08.2008, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Combüchen, Flur 2, Flurstück 2606, Romaneyer Höhe, zu schaffen**
Antragsteller: Helmut Bilstein, An der Engelsfuhr 116, 51467 Bergisch Gladbach
504/2008
- 13. Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 04.06.2008 – nichtöffentlicher Teil -**
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden - nichtöffentlicher Teil -**
4. **Mitteilungen des Bürgermeisters - nichtöffentlicher Teil -**
5. **Beschwerde vom 09.06.2008 im Zusammenhang mit der Verpachtung des städtischen Grundstücks Gemarkung Refrath, Flur 26, Flurstück 980, Tulpenstraße**
 Beschwerdeführer: a) Eheleute Jäkel, Tulpenstr. 3,
 51427 Bergisch Gladbach
 b) Eheleute Dr. Struck, Burgstr. 39,
 51427 Bergisch Gladbach
 c) Eheleute Heinen, Tulpenstr. 5
 51427 Bergisch Gladbach

 442/2008
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Der Vorsitzende, Herr Dr. Baeumle-Courth, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde sowie beschlussfähig ist. Herr Dr. Miege wird durch Herrn Dresbach vertreten, Herr Krause kommt später.

Als für die heutige Sitzung relevante Unterlagen benennt er die Einladung vom 19.08.2008 mit den dazugehörigen Vorlagen.

Er weist auf den nach Redaktionsschluss eingegangenen Antrag des CDU-Ortsverbandes Refrath-Frankenforst hin.

Verwaltungsmitarbeiter Rockenberg erläutert dazu, dass die Frage einer Bordsteinabsenkung und verkehrsregelnder Maßnahmen im Bereich der Kreuzung der Straßen Alt Refrath/Dolmanstraße vom zuständigen Mitarbeiter Herrn Hardt geprüft würde. Sofern dem Wunsch gefolgt werde, erübrige sich durch die Rücknahme des Antrages eventuell eine Behandlung im nächsten Ausschuss.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird der Tagesordnungspunkt A 12 vor den TOP A 6 vorgezogen, da ohnehin eine Vertagung beabsichtigt ist und der anwesende Petent, Herr Bilstein, nicht unnötig lange warten müsse. <-@

2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil –

@->

Die Niederschrift wird genehmigt. <-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 04.06.2008 - öffentlicher Teil –

@->

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. <-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die neue Version von PV-Rat inzwischen online geschaltet, allerdings noch mit gewissen „Kinderkrankheiten“ behaftet sei. Er bittet darum, das System zu testen und gegebenenfalls konstruktive Kritik zu üben.

Er informiert darüber, dass ein Schreiben der Bewohner von Oberasselborn an den

Bürgermeister gerichtet wurde, mit der Aufforderung, den Beschluss des Rates zur Ergänzungssatzung Asselborn zu beanstanden.
Stadtbaurat Schmickler weist darauf hin, dass eine Beanstandung nicht erfolgen werde, eine Antwort allerdings mangels Absenderangaben beziehungsweise bislang nicht eingegangener Unterschriftenliste nicht erfolgen konnte.

Anschließend weist der Vorsitzende auf einen Artikel aus dem Kölner Stadtanzeiger hin, in welchem über den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden der Stadt Köln berichtet wird (s. Anlage 1). Er regt an, einen solchen Bericht zum Ausklang der Wahlperiode auch in Bergisch Gladbach zu verfassen.

Abschließend äußert er seine - und wohl auch aller Ausschussmitglieder - Freude über den doch noch eintretenden Erfolg der Anregung des Herrn Büch zu verkehrssichernden Maßnahmen auf der Gladbacher Straße, wo nun ein Starenkasten installiert werde. <-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters - öffentlicher Teil -

@->

Über die Mitteilungsvorlage hinaus liegen keine weiteren Mitteilungen des Bürgermeisters vor. <-@

6 Anregung vom 21.03.2006 zur Errichtung einer Querungshilfe an der L 270 (Odenthaler Straße) in Unterboschbach Antragsteller: Anwohner der Straße Unterboschbach, c./o. Familie Karin und Michael Laufenberg, Unterboschbach 14, 51467 Bergisch Gladbach

@->

Der Vorgang wird abgeschlossen. <-@

7 Anregung vom 07.06.2008, die in Bergisch Gladbach genutzten Altglas- Container durch ein Unterflur- Sammelbehälter- System zu ersetzen Antragsteller: Klaus Hoffmann, An der Wallburg 1, 51427 Bergisch Gladbach

@->

Der Petent ist anwesend und erläutert nochmals seine Anregung: Einwurf und Abholung des Altglases seien laut, die Container hässlich. Wegen Einwüfen zu falschen Zeiten würden immer wieder Bußgelder erlassen, die doch dem eigentlich ökologisch sinnvollen Handeln der Bürger widersprechen würden. Er halte die Unterflursammelbehälter für besser, da der Einwurf in diese leiser sei, der Lärm würde besser geschluckt. Auf einer Messe in München habe er erfahren, dass eine Anlage circa 12.000 Euro kosten würde. Wieso auch bei diesem System 91 Dezibel Lärm entstehen sollen, sei für ihn nicht nachvollziehbar, davon stünde in seinem Prospekt nichts.

Herr Höring schlägt vor, die Anregung abzulehnen, weil die Stadt dafür nicht zuständig sei, und das zuständige Entsorgungsunternehmen auf dieses System hinzuweisen.

Herr Schmidt findet die Anregung aus ästhetischen Gründen interessant.

Herr Kreutz schließt sich der Auffassung von Herrn Höring an.

Herr Kamp weist darauf hin, dass man das gesamte Abfuhrsystem im „großen Paket“ überarbeiten müsste, wenn man der Anregung folgen würde.

Der Ausschuss fasst folgenden einstimmigen **Beschluss:**

Die Anregung wird zurückgewiesen.

<-@

8 **Anregung vom 05.08.2008 (Eingang), den Grünbewuchs in der Parkanlage der Villa Zanders zurück zu schneiden**

Antragsteller: Junge Union Bergisch Gladbach, c/0 Martin Lucke, Hauptstr. 164b, 51469 Bergisch Gladbach

@->

Ein Vertreter der Petentin schildert, dass sich die Bürger und Bürgerinnen entsprechend einer Umfrage der Jungen Union Ende 2007 im Park der Villa Zanders sehr unsicher fühlten, weil dort zu viele uneinsehbare, dunkle Ecken seien. Schließlich sei auch in der Presse darüber informiert worden, dass im Rahmen eines Sicherheitskonzeptes verstärkt im Park der Villa patrouilliert würde um Übergriffe auf Bürger und Bürgerinnen zu verhindern. Durch einen Rückschnitt des Bewuchses solle der Park heller und sicherer gestaltet werden.

Der Bürgermeister habe angekündigt, dass der Rückschnitt in der 34. KW stattfinden sollte. Das sei zwar loblich, aber es gehe auch darum, dass der Rückschnitt zukünftig eine regelmäßige Einrichtung werde.

Stadtbaurat Schmickler stellt fest, dass die Verwaltung durch die bereits eingeleiteten Aktivitäten schon deutlich gemacht habe, dass sie das Anliegen als berechtigt ansieht. Die Notwendigkeit eines regelmäßigen Rückschnitts sei durchaus bekannt und er hoffe, dass organisatorisch und personell ein besserer und häufigerer Rückschnitt in den Grünanlagen der Stadt insgesamt möglich sein wird als bisher.

Herr Höring begrüßt für die CDU-Fraktion den Antrag, da es sich beim Konrad-Adenauer-Platz schließlich um ein Aushängeschild der Stadt handelt. Vielleicht wäre auch hier – wie bei anderen Straßenbauflächen – eine Patenschaft möglich.

Stadtbaurat Schmickler hält dies nicht für machbar, da die Fläche zu groß und eine gewisse Sachkunde nötig sei.

Der Vertreter der Petentin betont nochmals das Interesse an einer aktiven Beteiligung, gerne unter fachkundiger Anleitung.

Der Ausschuss fasst folgenden **Beschluss:**

Die Anregung wird angenommen und für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden abgeschlossen.

<-@

9 **Anregung vom 15.07.2008, einen Verbindungsweg zwischen dem Lichtenweg und der Schulstraße mit dem Namen St.- Rochus- Weg zu versehen**

Antragsteller: Ortsring Sand, c/o Franz Schwamborn, Am Kamelsbuckel 4, 51469 Bergisch Gladbach

@->

Der Petent ist nicht anwesend.

Sowohl SPD- als auch CDU-Fraktion bitten entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu verfahren und der Anregung zu folgen. Demnach ergeht folgender einstimmiger **Beschluss:**

Die Anregung wird in den Hauptausschuss verwiesen und für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden abgeschlossen.

<-@

@->

<-@

10 **Anregung vom 22.04.2008, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Herkenrath, Flur 11, Flurstück 1496, Siefer Hof o. Nr., zu schaffen**
Antragsteller: Toni Werheid, Häuschen 1, 51515 Kürten

@->

Der Petent ist anwesend, möchte aber nicht selbst vortragen.

Herr Sacher, Herr Sprenger und Herr Kreutz sprechen sich für eine Überweisung der Anregung in den Planungsausschuss (PLA) „ohne Priorität“ aus, damit die Angelegenheit dort besser von den Fachleuten im Rahmen der Strukturuntersuchung Herkenrath geprüft werden könne. Eine Zusage, dass der Anregung gefolgt würde, sei dies nicht.

Frau Schweizer äußert dagegen ihre Bedenken gegen weitere Baulandausweisungen. Schließlich müssten der demographische Wandel und damit der erwartete Bevölkerungsrückgang berücksichtigt werden. Über den „Flächennutzungsplan Südkreis“ werde sich einfach hinweggesetzt und das Stadtgebiet weiter zersiedelt. Man müsse doch eine einmal eingeschlagene Linie beibehalten. Manches würde ja, wie z.B. beim Porschezentrum, „ganz locker abgehandelt“. Auch die großen Parteien müssten endlich mal darüber nachdenken und einmal den Mut haben „Nein“ zu sagen. In wenigen Städten würde so einfach aus absolutem „Nicht-Bauland“ dann doch Bauland.

Herr Schmidt schließt sich dem an.

Herr Kamp gibt noch zu bedenken, ob durch eine Überweisung in den PLA nicht zu viele Hoffnungen geweckt würden. Auch andere Besitzer von Grundstücken, die an ein Baugebiet grenzen, würden dann alle einzeln Anträge nach § 24 GO stellen und die Verwaltung die Arbeiten nicht mehr bewältigen können.

Stadtbaurat Schmickler widerspricht den Ausführungen der FDP-Fraktion bezüglich des Porschezentrums. Dieser Bereich gehöre zum Siedlungsbereich des seit etwa 10 Jahren rechtskräftigen Gebietsentwicklungsplanes. Auf der Ebene der Region sei somit bereits eine Bauerwartung formuliert gewesen.

Zur Vorbereitung eines Stadtentwicklungskonzeptes, das wiederum der Vorbereitung eines neuen Flächennutzungsplanes diene, werde derzeit auf vielen Ebenen geprüft: es gebe standortorientierte Prüfungen (Baulandpotentialanalyse), qualitative (Wie

sieht der Bedarf in Zukunft aus? Keine großen Einfamilienhaussiedlungen mehr!) und auch quantitative Untersuchungen zur Bedarfsbemessung (Wie viele Baulücken, Flächen im Innenbereich könnten erst noch genutzt werden?). Nach Abschluss dieser Untersuchungen müsse dann über die Bürgeranträge abschließend entschieden werden. Nach der Kommunalwahl werden die Entscheidungsgrundlagen voraussichtlich vorliegen. Bis dahin erfolge eine gewisse Priorisierung, welche Pläne im Moment weitergeführt werden können und bei welchen noch abgewartet werden müsse. Auch er befürchtet, dass durch die Verweisung in den PLA Hoffnungen geweckt würden.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist sodann den Petenten ausdrücklich darauf hin, dass die Verweisung seines Anliegens in den PLA noch keine positive Entscheidung darstellt. Er erinnert noch daran, dass sich die Stadt an einem Landesprogramm zum nachhaltigen kommunalen Flächenmanagement beteilige und die Kommune sich damit auf die Fahnen geschrieben habe, die Versiegelung drastisch auf ein Viertel des bisherigen „Verhaltens“ herunterzufahren, so dass hier ein großer politischer Konsens da sei, noch behutsamer als früher mit der Ausweisung von Bauland umzugehen. Wenn es nach einer Strukturuntersuchung ein Gesamtkonzept gebe, dann würden sicher darin auch Bauflächen ausgewiesen, so dass nicht alle Grundstücksbesitzer einzeln Anträge auf Ausweisung von Bauland an den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden stellen bräuchten.

Zum Porschebaugebiet weist er noch darauf hin, dass eine Ausweisung als allgemeiner Siedlungsbereich noch lange nicht heiße, dass auf jedem Stück des Gebietes gebaut werden müsse. Warum gerade an einer bestimmten Stelle gebaut werden soll, müsse durchaus erst noch im Einzelfall begründet werden.

Es ergeht dann folgender mehrheitlicher (mit den Stimmen von CDU und SPD und einer Enthaltung von BfBB) **Beschluss:**

Die Anregung wird in den Planungsausschuss überwiesen und für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden abgeschlossen.

<-@

- 11 **Anregung vom 18.06.2008, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung der Grundstücke Gemarkung Herkenrath, Flur 2, Flurstücke 4521 u. a., hinter Sträßchen Siefen 2, zu schaffen**
Antragstellerin: Ursula Kriese, Fuchsweg 10, 42719 Solingen

@->

Die Petentin ist anwesend und erläutert ihr Anliegen: sie vertritt die Erbgemeinschaft, welche einen Bauernhof von der Mutter geerbt hat. Sie möchten das Gelände zusammenhängend veräußern, sobald eine Baugenehmigung vorliegt. Es solle dort eine geordnete städtebauliche Entwicklung stattfinden, wie z. B. in Eichen oder Hand. Auch hier bestünde ein Siedlungsdruck, ihre Mutter sei immer wieder angesprochen worden, ob der Grund nicht bebaut werden könnte. Es handele sich hier um eine Nachverdichtung in einem Bereich mit bereits bestehender, hoher Standortqualität (vorhandene Busanbindung, Schulen, Sportplätze, Kindergarten, Bad, Einkaufsmöglichkeiten).

Herr Höring fragt hier nach der Zeitschiene für die Baulandpotentialanalyse, welche sie vor einer Entscheidung abwarten wolle.

Laut Stadtbaurat Schmickler dauert diese keine 5 Jahre, sondern diese soll im kommenden Jahr fertig sein. Auch hier müsse eine politische Priorisierung erfolgen und es käme auf den planerischen Aufwand an. Hier müsste gegebenenfalls eine Bauleitplanung gemacht werden. Die Fläche läge aber wesentlich zentraler als die des vorangehenden Petenten. Schätzungsweise in einem Jahr könne man bestimmt ein Signal geben, wie die Chancen stehen.

Herr Galley schlägt vor, den Antrag im Hinblick auf die durchzuführende Baulandpotentialanalyse zu vertagen, dort würde geprüft werden wo noch sinnvoll gebaut werden könne und wo nicht. Um die umfangreichen Aufgaben zu bewältigen sei schließlich auch eine Stelle bei der Stadtentwicklung – befristet für 3 Jahre – geschaffen worden.

Von Frau Schweizer wird daraufhin die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung eigentlich ein vom Hauptausschuss beschlossener Plan – der Landschaftsplan „Südkreis“ - hat, etwas langfristig beziehungsweise nicht zu bebauen, wenn er permanent konterkariert werde. Was förderwürdig sei, solle auch gefördert werden, trotzdem würde sie auch fordern mit der Landschaft behutsam umzugehen.

Stadtbaurat Schmickler hält die Baulandpotentialanalyse für modellhaft, keine andere Kommune würde und könne einen solchen planerischen Aufwand betreiben. Der Landschaftsplan „Südkreis“ sei eigentlich 2 – 3 Jahre zu früh gekommen, da die Untersuchungsergebnisse der laufenden Analysen noch nicht vorlagen. Deshalb seien im Landschaftsschutzplan auch teilweise befristete Schutzbestimmungen enthalten. Diese treten unter Umständen auch automatisch wieder außer Kraft. Der Landschaftsplan sei aber auch nicht als absolut zu setzen.

Herr Kamp äußert ebenso wie die SPD-Fraktion Verständnis für den Antrag der Petentin. Für Teile entlang der Kempener Straße bestünde ohnehin bereits Baurecht.

Abschließend erläutert die Petentin noch dass sie ja langfristig planen und auch eine Bebauung der restlichen Grundstücke im Innenbereich ermöglichen wollen. Bei den Grundstücken handle es sich um so genannte „fette Wiesen“, die man nicht gut nutzen könne. Bei den Planungen müsse man auch bedenken, dass Familien heutzutage einen größeren Raumbedarf hätten als noch vor einer Generation. Man könnte natürlich auch ein Altersheim dort hinbauen, wenn dies gewünscht werde.

Herr Dr. Baeumle-Courth geht davon aus, dass die von der Verwaltung in der Vorlage vorgetragene Argumente in der Baulandpotentialanalyse mit berücksichtigt werden. Diese möchte der Ausschuss wohl abwarten und die Angelegenheit daher noch nicht abschließen.

Es ergeht daher folgender einstimmiger **Beschluss**:

Die Anregung wird in den Planungsausschuss verwiesen und für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nicht abgeschlossen.

<-@

2606, Romaneyer Höhe, zu schaffen

Antragsteller: Helmut Bilstein, An der Engelsfuhr 116, 51467 Bergisch Gladbach

@->

Herr Bilstein ist anwesend.

Die SPD stimmt dem Vorschlag der Vertagung zu, damit man sich besser in die dargestellte, umfangreiche Historie einarbeiten könne.

Die BfBB will wissen ob die betroffene Parzelle schon immer im Landschaftsschutzgebiet war oder erst kürzlich dort aufgenommen worden sei. Stadtbaurat Schmickler meint, dass die Fläche schon länger Landschaftsschutzgebiet wäre.

Der Ausschuss fasst dann folgenden einstimmigen **Beschluss:**

Die Anregung wird vertagt mit der ausdrücklichen Bitte an die Verwaltung, die von der BfBB aufgeworfene Frage zu beantworten.

<-@

13 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Herr Galley fragt nach der Entwicklung in Bezug auf die Bürgeranträge mit Bauwunsch im Bereich des Kirchplatzes in Refrath. Damals wurde auf die noch ausstehenden Planungen der Kirchengemeinde verwiesen, die inzwischen aber bereits veröffentlicht seien. Kann den Bürgern nun auch geholfen werden?

Stadtbaurat Schmickler erläutert dazu dass diesbezüglich ein Architektenwettbewerb stattgefunden habe. Am 18.08.2008 habe auch ein Preisgericht entschieden. Der Entwurf des Siegers weiche in verschiedenen Punkten vom bestehenden B-Plan ab. Der alte Plan müsse unter Umständen aufgehoben werden und eine neue Bauleitplanung erfolgen. Zunächst müssten aber der Kirchenvorstand sowie das Generalvikariat in Köln dem Projekt zustimmen. Danach könne ein Vorschlag für die Bürger gemacht werden.

<-@